

Vossische



Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Grundstücks-, Hypotheken- und Geldverkehr. Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags-Beilage, Allgemeine Verlosungs-Tabellen.

Bezug: Monatlich 2 25 Mark, vierteljährlich 6 75 M. In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten tägl. zweimal frei ins Haus, sonst durch die Post. — Anzeigen: Zeile 1 M. u. 80% Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 1 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-24, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Bundesstells): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

München wieder in den Händen der Kommunisten.

München, 14. April. (W. Z. B.)

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ melden über die letzten Vorgänge in München: Am Sonntag nachmittag fand eine Kundgebung kommunistischer Arbeiter und Truppen auf der Theresienwiese statt. In den späten Nachmittagsstunden unternahm die Spartakisten einen Angriff auf den Bahnhof, der von der ersten Abteilung der republikanischen Schutztruppe besetzt war. Auf den drei Stadtseiten des Bahnhofes hatten sich allmählich bewaffnete Massen der Roten Armee, des 1. Infanterie-Regiments und anderer Erpenteile angesammelt. Die Beschießung des Bahnhofes erfolgte mit Gewehren und Maschinengewehren, wobei es zahlreiche Tote und Verwundete gab, insbesondere dadurch, daß die Passanten des Bahnhofes von der Schießerei völlig überrascht wurden. Das Publikum lebte in wahnwitziger Angst auseinander und suchte in den Häusern Schutz.

Als der Angriff mit Maschinengewehren keinen Erfolg versprach, wurden drei Minenwerfer aufgeföhren. Da der Verteidigung des Bahnhofes nur Maschinengewehre und Handgranaten zur Verfügung standen, war ihre Lage durch die Tätigkeit der Minenwerfer aussichtslos geworden. Gegen 10 Uhr erfolgte der allgemeine Sturm auf den Bahnhof, bei dem es den An-

greifern gelang, in den Bahnhof einzudringen, worauf die Besatzung, die unter der Beschießung schwer gelitten hatte, sich ergeben mußte. Im Triumphzuge wurde der Bahnhofskommandant Achenbrenner die Neuhäuser Straße hinaufgeführt, um angeblich erschossen zu werden.

In der Nacht wurde in kurzer Folge die Stadtkommandantur, das Hauptquartier der Republikanischen Schutztruppe, sowie die anderen öffentlichen Gebäude Münchens und die Kasernen der Republikanischen Schutztruppe besetzt. Ganz München war heute früh in den Händen der Spartakisten. Der Generalkrieg wurde erklärt. Der Bahnhofplatz war von Mannschaften der Roten Armee abgesperrt. Von Verwundungen ist jedoch am Bahnhof selbst außer den zerföhrenen Fenstern wenig zu sehen. In der Stadt war verhältnismäßige Ruhe. Der Zugverkehr ist eingestellt.

„Ultimatum“ der Bremer Kommunisten.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* Bremen, 14. April.

Die Unabhängigen und Kommunisten haben heute der Regierung ihre bereits bekannten Forderungen auf Aufhebung des Belagerungszustandes und Einführung des Räte systems in Form eines Ultimatums überreicht. Das Ultimatum läuft um 3 Uhr ab. Bei Nichterfüllung dieser Forderungen soll sofort der Generalkrieg proklamiert werden. (Siehe auch 2. Seite.)

Das Saargebiet.

Von
Georg Bernhard.

Die letzten Entschlüsse des Biererrats in Paris über die an Deutschland zu stellenden Friedensbedingungen, die durch das Havas-Büro verbreitet worden sind, haben im wesentlichen den folgenden Inhalt: Frankreich bekommt das dauernde Eigentum an den Kohlenbergwerken des Saargebietes. Das Land wird auf 15 Jahre in Verwaltung genommen. Nach 15 Jahren erfolgt Volksabstimmung über die weitere Staatszugehörigkeit, und für den Fall, daß die Volksabstimmung für Deutschland ausfällt, hat das Reich die Kohlenbergwerke von Frankreich zurückzukaufen. Erlös und Ertrag gelten als Entschädigung Frankreichs für die von Deutschland im nordfranzösischen Kohlengebiet angerichteten Schäden. Außerdem soll das Reich nicht das Recht haben, auf dem linken Rheinufer Truppen oder Festungswerte zu unterhalten. Diese militärische Neutralität soll in einer Breite von 50 Km. auch noch auf das rechte Rheinufer ausgedehnt werden. Die Brücken und Eisenbahnknotenpunkte werden von der Entente militärisch besetzt.

Da die Agence Havas vollkommen unter Reuterschem Einfluß steht, und da man nicht weiß, wer die von Havas verbreiteten sogenannten „diplomatischen Situationsberichte“ herausgibt, so ist es noch keineswegs als feststehend anzusehen, daß die durch dieses Büro lancierten Berichte auch wirklich das enthalten, was als Friedensforderung auf der Konferenz gestellt werden wird. Aber der Einfachheit halber sollen diese Forderungen einmal als feststehend angesehen werden. Danach ergibt sich ohne weiteres und klar, daß sich in ihnen durchaus nicht etwa nur die französischen Wünsche ausdrücken, sondern daß es sich hier vielmehr um den Gesamtwillen der Entente handelt, daß also England und die Vereinigten Staaten diese Forderungen zu den Ihren machen. Fremde Mächte, insbesondere aber England, behalten dauernd die Möglichkeit, die Verhältnisse dieser beiden Länder zueinander zu bestimmen und sich in die Dinge auf dem Kontinent zu mischen. Die Staatshoheit über das Saargebiet soll dem Völkertum zuzustehen, der drei Delegierte von den fünf Mitgliedern des Landesdirektoriums bestimmen wird. Selbstverständlich hat England diese Form nur ausgewählt, damit den Franzosen kein Unrecht von Seiten der Deutschen und den Deutschen kein Unrecht von Seiten der Franzosen geschieht. Und sie werden im Laufe der Jahre schon dafür sorgen, daß beide Völker gegeneinander die dauernde Empfindung der Feindseligkeit behalten und in dem englischen Vertreter den rettenden Engel sehen werden.

Es bedarf gar keiner ausdrücklichen Feststellung, daß die von dem Havasbericht skizzierten Friedensforderungen, wenn sie zur Tat werden sollen, für Deutschland völlig unannehmbar sind. Sie entsprechen nicht dem Grundgesetz des Rechtsfriedens. Und ein Völkertum, der auf solchen Bedingungen aufgebaut wäre, würde kein Bund von solcher Art sein, den Deutschland gutheißen und dem es beitreten könnte. Eine Unterstellung des Saargebietes unter fremde Verwaltung mit einer nach 15 Jahren erfolgenden Volksabstimmung widerspricht, selbst wenn man sie schon nicht als eine verschleierte Annexion ansehen will, den Grundsätzen des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, weil dieses Selbstbestimmungsrecht Volksabstimmungen immer nur da vorsteht, wo die Nationalzugehörigkeit entweder des Landes oder der Bevölkerung zweifelhaft ist. Beides trifft hinsichtlich des Saarlandes nicht zu. Denn das Land ist deutsch und die Bevölkerung ebenfalls. Das ist gerade von Seiten der Franzosen bisher noch niemals angezweifelt worden.

Eine Regierung, deren Unterhändler von Paris zurecht kämen und derartige Bedingungen unterschrieben hätten, würde nicht einen Tag länger in Deutschland bestehen können. Aber kann die Abreise der Unterhändler unter Protest und ohne Unterschrift allein die Regierung retten? Keineswegs. Denn Proteste und Nichtunterschreiben allein machen keine Politik aus. Die Regierung wird zu ihrer Rechtfertigung, nachdem sie den Frieden nicht hat zustande bringen können, dem Volke darüber Rechenschaft ablegen müssen, was sie denn eigentlich getan hat, um einen Frieden, wie Deutschland ihn ertragen könnte, zu ermöglichen. Und wenn man das Verhalten der augenblicklichen Regierung unter diesem Gesichtswinkel beurteilt, so wird man zu einem vernichtenden Schlussergebnis kommen müssen. Denn außer dem Erlaß einer großen Anzahl von Protesten hat sie in keinem Zeitpunkt ihres Bestandes irgendwelche politischen Maßnahmen getroffen, die geeignet hätten sein können, die Friedensverhandlungen vorzubereiten. Sie hat genau die gleiche Politik der Unpolitik getrieben, wie alle ihre Vorgängerinnen. Sie hat in der öffentlichen Meinung den Glauben befestigt, daß der Völkertum, den England und Amerika aufbauen werden, die Rettung bringt, und daß der Geistesrichtsinn der ersten Staatsmänner dem Deutschen Reich schon den Ausweg schaffen wird, den

Arbeit oder Hungertod?

Drahtmeldung unserer Weimarer Redaktion.

je Weimar, 14. April.

Die ausländischen Lebensmittel, die in einigen deutschen Städten in der Osterwoche verteilt werden sollen, sind so teuer und lappig, daß die Nationalversammlung gut daran tut, durch eine Aussprache eine Klärung der Zusammenhänge herbeizuföhren. Reichsernährungsminister Schmidt, rechtfertigte die Preisgestaltung, die namentlich bei Mehl auffallend ist. Die Behörden standen vor der Frage, auf welche Weise eine Verteuerung des Brotes vermieden werden könne, die in absehbarer Zeit eintreten müßte, weil das einheimische Getreide zur Brotbereitung nicht ausreicht. Eine Uebernahme der Preisdifferenz hätte das Reich mit zwei Milliarden Mark belastet.

So kam man auf den Einfall, das hochwertige Weizenmehl um 50% teurer zu verkaufen als nötig ist, um das Mehl an die Brotbäcker zu dem bisherigen Preis liefern zu können. Die bisherige Kalkulation ist bereits durch das weitere unaufhaltbare Sinken des Marktpreises überholt. Nach dem Valutastand vom 14. März stellte sich das Kilogramm Speid in Rotterdam auf 8,27 M., so daß es damals möglich gewesen wäre, das Pfund im Einzelverkauf zu 5 M. abzugeben. Heute stellt sich der Preis in Rotterdam bereits auf 10,82 M. Beim Mehl beträgt der Preis infolge des neuen Kursverlustes 2,58 1,95 M. Diese erschreckende Erscheinung wird verursacht durch völlige Stöden der Ausfuhr, das seit dem Waffenstillstand eingetreten ist. Der Reichsernährungsminister nahm die Gelegenheit wahr, die streikenden Bergarbeiter darauf hinzuweisen, daß gerade sie es sind, die dem deutschen Volk jede Aussicht auf eine Ernährung zu erschwinglichen Preisen nehmen.

Die Aussprache brachte eine Rede des demokratischen Abg. Dr. Bertholden, die durch ihre Kürze und Gedrungenheit ebenso vorteilhaft auffiel wie durch die Aussprüche, die sie eröffnete. Bertholden stellt einen neuen Typ in der deutschen Politik dar. Er ist Vertreter eines Unternehmervorstandes und zugleich aber auch ein entschiedener Verfechter der Arbeiterrechte. Er hat praktisch im Schuldienst gestanden und gleichzeitig theoretisch und praktisch Fragen der Nationalökonomie betrieben. Er hat als Dichter eine neue Technik gefunden in der Form völliger Sachlichkeit und Nichtparteilichkeit, Kraft und Wärme zu gießen. Der Bericht kann keinen vollkommenen Eindruck seiner Rede geben, weil der Unterton von Gefühlswärme und leidenschaftlicher Sorge, der in den Auseinandersetzungen über die nahende Katastrophe mitklang, nicht wiederzugeben ist.

Unsere Rettung, so sagte er, hängt davon ab, ob es gelingt, unsere Arbeit vorteilhafter zu organisieren als in der Vergangenheit. Wir brauchen eine andere Bestimmung brüderlicher Verbundenheit im Rahmen einer Organisation, wie sie von der großen Mehrheit unseres Volkes gewünscht wird, und wir brauchen einen Abbau der Zwangswirtschaft für den Rohstoffbezug, weil nur noch der Einzelunternehmer genügenden Kredit im Ausland hat. Gelingt es nicht wieder, Erzeugnisse für die Ausfuhr herzustellen, so bleiben nur noch zwei Wege: Ausfuhr von Menschen oder Verminderung der Bevölkerung durch Mord und Totschlag. Die Rede, die auch eine Kritik der neuen Maßnahmen des Ernährungsministers brachte, schloß mit dem Bekenntnis des unbegrenzten Zutretens

zu der Kraft und dem Willen unseres Volkes, sich wieder aufzurichten.

Auch der frühere Ernährungsminister, der unabhängige Abg. Wurm, erklärte, daß, wenn nicht wieder gearbeitet wird, alles zugrunde gehen müße. Auf die Jurufe, die den Unabhängigen die Schuld an den sinnlosen Streik geben wollten, erwiderte der Redner mit Anklagen gegen die „Wadelpolitik“ der Regierung. Bemerksenswert war der Appell, den dieser Redner an die Arbeiterbrüder im Ausland richtete, das deutsche Volk nicht in Elend und Hungersnot hineinschicken zu lassen. Nicht nur 350 000 Tonnen Nahrungsmittel brauchen wir, sondern 820 000. Wir brauchen 450 000 Tonnen Weizen, 50 000 Tonnen Reis, 50 000 Tonnen Hülsenfrüchte, 120 000 Tonnen Fett und 120 000 Tonnen Rindfleisch. Gewiß wären solche Einfuhren nicht nur erwünscht, sondern dringend erforderlich, um die Lebenskrise des deutschen Volkes wieder zu heben. Aber wir haben infolge der Streiks nicht einmal die Mittel, auch nur die bewilligten 350 000 Tonnen zu bezahlen, und auch die Möglichkeit, langfristige Kredite zu erlangen, wird durch die politischen Unruhen immer ferner gerückt. Wenn diese unausweichlichen Zusammenhänge, die keine Macht der Erde und auch keine Umwälzung ändern kann, durch die heutige Aussprache dem deutschen Volk zum Bewußtsein gebracht worden wäre, so wäre vielleicht der Boden geschaffen, auf dem politisch und wirtschaftlich weitergebaut werden kann.

Der Friedensauschuß.

* Weimar, 14. April.

Der neu gebildete Ausschuß, dem zunächst die Behandlung der Friedensfrage obliegt und der späterhin zu einem Ausschuß der auswärtigen Angelegenheiten ausgestaltet werden soll, hat sich heute konstituiert. Vorsitzender ist der Präsident der Nationalversammlung Fehrenbach; ferner gehören dem Ausschuß die stellvertretenden Präsidenten der Nationalversammlung Paukmann (Dem.), Dietrich (Nat.) und Schulz-Ostpreußen (Soz.) an; zu Schriftführern wurden bestimmt Traut (D.-N.-Apt.) und Hall (D.-dem. Vt.); als Vertreter der demokratischen Fraktion gehören dem Ausschuß noch die Abg. Hermann-Posen, Quiddé, a. Richterhofen und Wieland an. Wie es scheint, ist bisher noch keine Vereinbarung darüber getroffen, wann der Ausschuß seine Arbeiten aufnehmen soll. Wir sind der Meinung, daß dies unmittelfach geschehen muß, und daß die Verhandlungspause seine Beratungen nicht unterbrechen darf. Es würde eine Verkennung seiner Aufgabe bedeuten, wenn erst eine Einladung des Auswärtigen Amtes abgewartet würde; vielmehr hat dieser parlamentarische Ausschuß seinerseits seine Sitzungen festzusetzen und kann erwarten, daß das Auswärtige Amt die nötigen Unterlagen jederzeit zur Verfügung stellt.

Dem Ausschuß gehören, wie W. Z. B. meldet, noch folgende Abgeordnete an: Sozialdemokraten: Krähig, Böbe, Moltenbühr, Müller-Breslau, Frau Röll (Rdn), Frau Schilling, Schumann, Dr. Singheimer Stod, Vogel, Wels. — Zentrum: Ehrhardt, Gröbet, Dr. Heim, Dr. Mayer (Schwaben), Dr. Spahn, Trimborn. — Deutschnationale Volkspartei: Kraut (Schriftführer), Dr. Graf von Pofadomsky-Wehner, Dr. Traub. — Deutsche Volkspartei: Dr. Stresemann. — Unabhängige: Meyer-Leipzig, Haase-Berlin.